

# REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

78.878/17

## **Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Abänderung verschiedener Bestimmungen im Bereich Beschäftigung**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung, Artikel 5 §4, Artikel 7 Absatz 4, Artikel 8 Absatz 2, Artikel 11 §2 Absatz 3, abgeändert durch das Dekret vom 13. November 2023, Artikel 11 §3, eingefügt durch das Dekret 22. Dezember 2025, Artikel 12 Absatz 3, Artikel 13 Absatz 4, abgeändert durch das Dekret vom 22. Dezember 2025, Artikel 15 §4 Absatz 2, Artikel 21 §1, abgeändert durch die Dekrete vom 13. November 2023 und vom 24. Februar 2025, Artikel 37 §4 Nummern 1, 2 und 4, Artikel 43 Absatz 2, Artikel 46 §7 und Artikel 47 §5;

Aufgrund des Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung, Artikel 7 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 24. Februar 2025, Artikel 9, abgeändert durch das Dekret vom 24. Februar 2025, und Artikel 25 §3;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. August 2024 zur Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [.]

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [.]

Aufgrund des Gutachtens Nr. [.] der Datenschutzbehörde vom [.]

Aufgrund des Gutachtens Nr. [.] des Staatsrates, das am [.] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom [.]

Auf Vorschlag des für die Beschäftigung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

## KAPITEL 1 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 25. NOVEMBER 1991 ZUR REGELUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

**Artikel 1** – Artikel 36quater §1 Absatz 1 Nummer 4 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 10. November 2012 und zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 13. Dezember 2018, wird wie folgt ersetzt:

„4. der Praktikant bezieht zu Beginn des Einstiegpraktikums keine andere Zulage auf Grundlage des vorliegenden Erlasses;“

## KAPITEL 2 – ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 13. DEZEMBER 2018 ÜBER BERUFSAUSBILDUNGEN FÜR ARBEITSUCHENDE

**Art. 2** – Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende, abgeändert durch den Erlass vom 21. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 7 wird aufgehoben.
2. Nummer 20 Buchstabe c) wird aufgehoben.
3. Folgende Nummer 21 wird eingefügt:

„21. öffentliche Einrichtung: die gemäß Artikel 1 Nummer 1 des Dekrets vom 21. Februar 2022 zur Festlegung verschiedener Instrumente des Informations- und Beschwerdemanagements in der Deutschsprachigen Gemeinschaft definierten Behörden.

**Art. 3** – Artikel 5 Absatz 2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 27. August 2020 und durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird die Wortfolge „der Dienststelle“ gestrichen und die Angabe „Artikel 30“ durch die Wortfolge „Artikel 27 §1 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe c) oder d)“ ersetzt.
2. In Nummer 5 wird die Angabe „Artikel 32“ durch die Wortfolge „Artikel 27 §1 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe e)“ ersetzt.
3. In Nummer 6 wird zwischen die Wortfolgen „im Sinne von“ und „Artikel 33“ die Wortfolge „Artikel 27 §1 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe g) oder von“ eingefügt.
4. In Nummer 7 wird die Angabe „Artikel 34“ durch die Wortfolge „Artikel 27 §1 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe h)“ ersetzt.
5. In Nummer 8 wird nach der Angabe „Artikel 27“ die Wortfolge „§1 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe b)“ eingefügt.

**Art. 4** – Artikel 12 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 27. August 2020 und abgeändert durch den Erlass vom 21. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:  
„Bei Krankheit oder Unfall teilt der Kursteilnehmer seine Arbeitsunfähigkeit dem Ausbildungsträger schnellstmöglich mit. Die Mitteilung an den Ausbildungsträger erfolgt am ersten Tag der Abwesenheit. In Ermangelung einer rechtzeitigen Mitteilung gilt der Tag als unentschuldigte Abwesenheit.“
2. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 7 wird, werden folgende Absätze eingefügt:

„Bei Krankheit oder Unfall rechtfertigt der Kursteilnehmer seine Arbeitsunfähigkeit durch ein ärztliches Attest. Ein ärztliches Attest wird ab dem ersten Tag der Abwesenheit benötigt.

Das ärztliche Attest ist durch den Kursteilnehmer schnellstmöglich und spätestens ab dem dritten Tag der Abwesenheit beim Ausbildungsträger einzureichen. Im Falle eines Postversands gilt das Datum des Poststempels. Das Attest kann auch direkt vor Ort beim Ausbildungsträger eingereicht werden.

Der Ausbildungsträger übermittelt das in Absatz 2 erwähnte Attest im Anschluss schnellstmöglich an das Arbeitsamt.

Im Falle einer Berufsausbildung in Form eines Vollzeitstudiums gemäß Artikel 28 wird das ärztliche Attest beim Arbeitsamt eingereicht. Verlangt die Unterrichtseinrichtung ebenfalls ein ärztliches Attest, wird ein Duplikat oder eine Kopie des Originals beim Arbeitsamt eingereicht.

Geht das Attest erst nach dem dritten Tag der Abwesenheit ein, gelten die vorherigen Tage als unentschuldigte Abwesenheiten. Wenn die Unterbrechung der Berufsausbildung den Zeitraum von einer Woche überschreitet, wird der Vertrag ausgesetzt.“

3. Die Absätze 1-6 werden zu §1.

4. Die Absätze 7-9 werden zu §2.

**Art. 5** – In Kapitel 2 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. August 2020 und vom 21. Dezember 2023 wird folgender Abschnitt 5, der die Artikel 14.1 und 14.2 umfasst, eingefügt:

*„Abschnitt 5 – Beauftragung einer vom Arbeitsamt organisierten Einrichtung*

#### *Art. 14.1 – Gegenstand*

Der Minister kann Vereinbarungen mit öffentlichen Einrichtungen abschließen, die die Umsetzung von praktischen Arbeiten im Rahmen von Berufsausbildungen, die in einer vom Arbeitsamt organisierten Einrichtung angeboten werden, beinhalten.

Die in Absatz 1 erwähnten praktischen Arbeiten erfolgen im Rahmen eines in Artikel 8 erwähnten Berufsausbildungsvertrags. Sie ermöglichen den Kursteilnehmern die Erlangung von Kompetenzen und sind mit dem Zweck der Berufsausbildung und mit den pädagogischen Anforderungen vereinbar.

Die in Absatz 1 erwähnten praktischen Arbeiten sind nur zulässig, wenn die geschätzten Facharbeiterstunden einen Wert von 20.000 € nicht überschreiten.

Der Minister kann den in Absatz 3 festgelegten Betrag anpassen.

Bei der Durchführung der praktischen Arbeiten werden die Kursteilnehmer von einem Ausbilder begleitet.

#### *Art. 14.2 – Vereinbarung*

Die Vereinbarung enthält mindestens die folgenden Punkte:

1. die Bezeichnung der Vertragsparteien;
2. eine Beschreibung der zu verrichtenden praktischen Arbeiten;
3. den Beginn der praktischen Arbeiten;
4. eine Schätzung der benötigten Arbeitsstunden;

5. die Laufzeit;
6. die maximale Anzahl der Kursteilnehmer, die für die zu verrichtenden praktischen Arbeiten gleichzeitig eingesetzt werden können;
7. die Verpflichtungen der Vertragsparteien in Bezug auf vorbereitende Arbeiten, Materialbeschaffung, Werkzeuge, Kosten, Versicherungen, Haftung bei Schadensfällen und die Sicherheit am Arbeitsplatz.

Der in Absatz 1 erwähnten Vereinbarung kann ein Lastenheft beigefügt werden, das die technischen Details der in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten zu verrichtenden praktischen Arbeiten enthält. In diesem Fall ist das Lastenheft integraler Bestandteil der Vereinbarung.

Die Ausführung der in Absatz 1 erwähnten praktischen Arbeiten erfolgt unentgeltlich.

**Art. 6** – In Artikel 15 §1 Absatz 1 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2023, wird die Angabe „Abschnitt 2“ durch die Wortfolge „den Artikeln 18, 19, 20 und 20.1“ ersetzt.

**Art. 7** – Artikel 16 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird im ersten Satz die Angabe „Abschnitt 2“ durch die Angabe „Artikel 20.2“ ersetzt und das Wort „ebenfalls“ gestrichen.
2. §2 wird aufgehoben.

**Art. 8** – Artikel 17 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge „zwei Wochen“ durch die Wortfolge „eine Woche“ ersetzt.
2. Zwischen Absatz 4 und Absatz 5, der zu Absatz 6 wird, wird folgender Absatz eingefügt:  
„Die Mitteilung der Abwesenheit erfolgt spätestens am ersten Tag der Abwesenheit. Ist dies nicht der Fall, gilt der Tag als unentschuldigte Abwesenheit.“
3. In Absatz 6, der zu Absatz 7 wird, wird die Zahl „5“ durch die Zahl „6“ ersetzt.

**Art. 9** – In Artikel 18 Absatz 1 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. August 2020 und vom 21. Dezember 2023, wird im einleitenden Satz die Wortfolge „und eine Fahrkostenentschädigung“ gestrichen.

**Art. 10** – In Artikel 19 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2023, wird die Wortfolge „und eine Fahrkostenentschädigung“ gestrichen.

**Art. 11** – In Artikel 20 Absatz 1 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. August 2020 und vom 21. Dezember 2023, wird im einleitenden Satz die Wortfolge „und eine Fahrkostenentschädigung“ gestrichen.

**Art. 12** – In Artikel 20.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 27. August 2020 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2023, wird die Wortfolge „und eine Fahrkostenentschädigung“ gestrichen.

**Art. 13** – In das Kapitel 3 Abschnitt 2 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 6. Juni 2024, wird folgender Artikel 20.2 eingefügt:

*„Art. 20.2 – Fahrkostenentschädigung*

Der Minister gewährt eine Fahrkostenentschädigung für unbeschäftigte Arbeitsuchende und entschädigte Vollarbeitslose:

1. die zu Beginn und während der Berufsausbildung nicht bereits für dieselbe Berufsausbildung eine Ausbildungsentschädigung, ein Berufseinkommen, eine Studienbörse oder ein zinsloses Darlehen gemäß dem Dekret vom 26. Juni 2023 zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen erhalten;
2. die zu Beginn der Berufsausbildung eine Ausbildungsdauer vorweisen, die:
  - a) mindestens 20 Stunden pro Woche beträgt oder;
  - b) mindestens 4 Wochen beträgt.

Absatz 1 Nummer 2 ist nicht anwendbar auf Arbeitsuchende, die einer Vorschalt- und Integrationsmaßnahme im Sinne von Artikel 20 folgen.“

**Art. 14** – Artikel 21 Absatz 2 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. August 2020 und vom 21. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:  
„3. Ausbildungsmaßnahmen im Sinne von Artikel 27 §1 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe c) und d);“
2. In Nummer 5 wird die Angabe „Artikel 32.“ durch die Wortfolge „Artikel 27 §1 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe e);“ ersetzt.
3. In Nummer 6 wird die Angabe „§2“ gestrichen.
4. In Nummer 7 wird die Angabe „Artikel 34.“ durch die Wortfolge „Artikel 27 §1 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe h);“ ersetzt.
5. In Nummer 8 wird die Angabe „Artikel 27“ durch die Wortfolge „Artikel 27 §1 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe b)“ ersetzt.

**Art. 15** – Artikel 22 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Artikelüberschrift wird wie folgt ersetzt:  
„Art. 22 – *Allgemeine Freistellungsbedingungen*“
2. Folgende Absätze 3 und 4 werden eingefügt:  
„Erfüllt der unbeschäftigte Arbeitsuchende zu Beginn der Berufsausbildung noch nicht die Bedingungen zum Erhalt einer Arbeitslosenunterstützung im Sinne von Artikel 27 Nummer 4 des Erlasses vom 25. November 1991, kann der Minister den unbeschäftigten Arbeitssuchenden ab dem Moment freistellen, zu dem er diese Bedingungen erfüllt, insofern er die übrigen Bedingungen des vorliegenden Kapitels zu Beginn der Berufsausbildung erfüllt.“

Der entschädigte Vollarbeitslose kann unter Beibehaltung seiner Arbeitslosenentschädigung die Erlaubnis des Ministers erhalten, ohne Freistellung an einer Berufsausbildung teilzunehmen. Der entschädigte Vollarbeitslose entspricht weiterhin der in Artikel 56 des Erlasses vom 25. November 1991 erwähnten Verfügbarkeitspflicht für den Arbeitsmarkt.“

**Art. 16** – Artikel 23 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. August 2020 und vom 21. Dezember 2023, wird aufgehoben.

**Art. 17** – In Artikel 25 desselben Erlasses wird folgender Absatz 3 eingefügt:  
„Endet das Anrecht auf Erhalt einer Arbeitslosenunterstützung im Sinne von Artikel 27 Nummer 4 des Erlasses vom 25. November 1991 vor Ende des Berufsausbildungsvertrags, endet die Freistellung ebenfalls.“

**Art. 18** – Artikel 27 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. August 2020 und vom 21. Dezember 2023, wird wie folgt ersetzt:  
„Art. 27 - *Verschiedene Berufsausbildungsarten*“

§1 – Der entschädigte Arbeitsuchende, der gemäß den Artikeln 4 und 7 vom Minister zu einer Berufsausbildung zugelassen wurde, kann freigestellt werden, wenn:

1. die Berufsausbildung mindestens 4 Wochen und mindestens 20 Stunden pro Woche beträgt;
2. die Berufsausbildung hauptsächlich von montags bis freitags und von 8 Uhr bis 17 Uhr stattfindet;
3. es sich bei der Berufsausbildung, um eine der nachfolgenden Berufsausbildungsarten handelt:
  - a) eine Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme im Sinne von Artikel 20;
  - b) eine Qualifizierungsmaßnahme;
  - c) eine Ausbildung im Betrieb gemäß dem Erlass der Regierung vom 10. September 1993 zur Einrichtung und Regelung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess;
  - d) ein Ausbildungspraktikum gemäß dem Erlass der Regierung vom 28. November 1995 über Praktika zur beruflichen Rehabilitation von Personen mit Behinderung;
  - e) eine Ausbildung in einem Ausbildungsbetrieb, der gemäß den Bestimmungen des Dekrets der Wallonischen Region vom 10. Juli 2013 über die Zentren zur sozial-beruflichen Eingliederung zugelassen ist;
  - f) eine Ausbildung in einer Ausbildungswerkstatt, die gemäß dem Dekret der französischen Gemeinschaftskommission von Brüssel-Hauptstadt vom 27. April 1995 zur Zulassung bestimmter Einrichtungen der sozialen und beruflichen Eingliederung und zur Subventionierung ihrer Berufsbildungsaktivitäten, um die Chancen von Arbeitslosen und gering qualifizierten Arbeitsuchenden zu erhöhen, im Rahmen koordinierter Programme der sozialen und beruflichen Eingliederung eine Beschäftigung zu finden oder wieder aufzunehmen zugelassen ist;
  - g) ein Praktikum gemäß Kapitel 5 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung;
  - h) eine Ausbildungsinitiative im Rahmen des europäischen Solidaritätskorps oder des Erasmus+-Programms.

Der Minister gewährt in Abweichung von Absatz 1 Nummer 1 auch dann eine Freistellung, wenn die dort erwähnten Schwellen nicht erreicht werden, aber der entschädigte Vollarbeitslose an einer Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme im Sinne von Artikel 20 oder an einer Ausbildung im Betrieb gemäß Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe c) oder an einem Ausbildungspraktikum gemäß Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe d) teilnimmt.

Als Qualifizierungsmaßnahme im Sinne von Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe b) gilt jede Ausbildungsmaßnahme, die nicht zum Erhalt eines Diploms führt. Folgende Maßnahmen gelten nicht als Ausbildungsmaßnahme:

1. eine Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme;
2. ein Vollzeitstudium;
3. eine duale Ausbildung;
4. eine Ausbildung im Betrieb im Sinne von Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe c);
5. ein Ausbildungspraktikum im Sinne von Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe d);
6. eine Aktivitätengenossenschaft;
7. eine Ausbildung durch Arbeit;
8. ein Praktikum im Sinne von Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe g) oder im Sinne von Artikel 33;
9. Maßnahmen im Rahmen europäischer Programme im Sinne von Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe h).“

**Art. 19** – Artikel 28 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen „freigestellt werden,“ und „wenn es sich“ die Wortfolge „wenn er vom Minister gemäß den Artikeln 4 und 7 zur Berufsausbildung zugelassen wurde und“ eingefügt.

2. In §3 Absatz 1 wird Nummer 5 aufgehoben.

3. In § 3 Absatz 3 wird die Wortfolge „Absatz 1 Nummern 4 und 5“ durch die Wortfolge „Absatz 1 Nummer 4“ ersetzt.

4. Folgender §4 wird eingefügt:

„§4 - Der Minister kann in Abweichung von §1 Absatz 2 Nummer 2 eine Freistellung gewähren, wenn es sich bei dem Berufsausbildungsjahr, in dem die dort festgelegten Stunden- oder ECTS-Schwellen nicht erreicht werden, um das Abschlussjahr der Berufsausbildung handelt.“

**Art. 20** – In Artikel 29 Absatz 1 desselben Erlasses, wird zwischen die Wortfolgen „freigestellt werden,“ und „wenn es sich“ die Wortfolge „wenn er vom Minister gemäß den Artikeln 4 und 7 zur Berufsausbildung zugelassen wurde und“ eingefügt

**Art. 21** – Artikel 30 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2023, wird aufgehoben.

**Art. 22** – Artikel 31 Absatz 1 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn er vom Minister gemäß den Artikeln 4 und 7 zur Berufsausbildung zugelassen wurde und wenn:

1. die Berufsausbildung mindestens 4 Wochen und mindestens 20 Stunden pro Woche beträgt;

2. die Berufsausbildung hauptsächlich von montags bis freitags und von 8 Uhr bis 17 Uhr stattfindet;

3. er im Rahmen seiner Berufsausbildung als angehender Unternehmer eine Vereinbarung mit einer Aktivitätengenossenschaft im Sinne von Titel VIII Kapitel 1 des Gesetzes vom 1. März 2007 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen (III) schließt.“

**Art. 23** – Artikel 32 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2023, wird aufgehoben.

**Art. 24** – Artikel 33 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 27. August 2020 und abgeändert durch den Erlass vom 21. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 wird aufgehoben.

2. §2 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn er vom Minister gemäß den Artikeln 4 und 7 zur Berufsausbildung zugelassen wurde und wenn:

1. die Berufsausbildung mindestens 4 Wochen und mindestens 20 Stunden pro Woche beträgt;

2. die Berufsausbildung hauptsächlich von montags bis freitags und von 8 Uhr bis 17 Uhr stattfindet;

3. es sich bei der Berufsausbildung um ein betriebliches Praktikum im Ausland handelt.“

**Art. 25** – Artikel 34 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 27. August 2020, wird aufgehoben.

**Art. 26** – Artikel 42 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 42 - Zulassung

§1 - In Abweichung von Kapitel 2 Abschnitt 2 kann der Minister den unbeschäftigten Arbeitsuchenden zu einem Einstiegspraktikum gemäß den Bestimmungen von Artikel 36<sup>quater</sup> des Erlasses vom 25. November 1991 zulassen, wenn er:

1. beim Arbeitsamt zu Beginn des Praktikums als unbeschäftigter Arbeitssuchender in der Berufseingliederungszeit eingetragen ist oder Berufseingliederungsgeld gemäß Artikel 36 des Erlasses vom 25. November 1991 erhält;
2. höchstens im Besitz eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichtes ist;
3. nicht im Besitz eines Gesellenzeugnisses der in Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnten Lehre ist und
4. nicht im Besitz eines gleichwertigen Zeugnisses gemäß Nummer 2 und 3 eines anderen Teilstaates oder eines anderen Staates ist.

§2 - In Abweichung von §1 kann der Minister den unbeschäftigten Arbeitsuchenden zu einem Einstiegspraktikum gemäß den Bestimmungen von Artikel 36<sup>quater</sup> des Erlasses vom 25. November 1991 zulassen, wenn er:

1. zu Beginn des Praktikums als unbeschäftigter Arbeitssuchender beim Arbeitsamt eingetragen ist und zwischen der ersten Eintragung als Arbeitsuchender und dem Beginn des Praktikums höchstens 18 Monate liegen;
2. höchstens 25 Jahre alt ist;
3. keine Zulage auf Grundlage des Erlasses vom 25. November 1991 bezieht;
4. und nicht im Besitz:
  - a) eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts ist und keiner Ausbildung folgt, die in den folgenden drei Monaten zum Erhalt eines solchen Zeugnisses führt, oder;
  - b) eines Gesellenzeugnisses der in Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnten Lehre ist und keiner Lehre folgt, die in den folgenden 3 Monaten zum Erhalt eines solchen Zeugnisses führt, oder;
  - c) eines gleichwertigen Zeugnisses gemäß den Buchstaben a) und b) eines anderen Teilstaates oder eines anderen Staates ist.“

**Art. 27** – Artikel 43 desselben Erlasses wird aufgehoben.

**Art. 28** – In Artikel 44 Absatz 3 desselben Erlasses wird die Wortfolge „Artikel 11, 13 und 14“ durch die Wortfolge „Artikel 11 bis 14“ ersetzt.

**Art. 29** – In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 6. Juni 2024, wird folgender Artikel 44.1 eingefügt:

*„Art. 44.1 – Entschädigungen durch den Praktikumsgeber*

Unbeschadet des Artikels 36<sup>quater</sup> §1 Nummer 8 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit erhält der unbeschäftigte Arbeitsuchende, der an einem Einstiegspraktikum teilnimmt, zu Lasten des Praktikumsgebers:

1. eine Fahrtkostenentschädigung gemäß dem kollektiven Arbeitsabkommen, dem der Praktikumsgeber unterliegt;
2. gegebenenfalls eine Dienstfahrtentschädigung und alternativ oder kumulativ eine Aufwandsentschädigung gemäß dem kollektiven Arbeitsabkommen, dem der Praktikumsgeber unterliegt;
3. sonstige übliche Zulagen gemäß dem kollektiven Arbeitsabkommen, dem der Praktikumsgeber unterliegt.“

### KAPITEL 3 – ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 21. DEZEMBER 2023 ÜBER DIE VERMITTLUNG IN EIN PRAKTIKUM IN AUSFÜHRUNG DES DEKRETS VOM 22. MAI 2023 ÜBER DIE BEDARFSGELEITETE ARBEITSVERMITTLUNG

**Art. 30** – Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe c) des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung wird aufgehoben.

**Art. 31** – In Artikel 4 desselben Erlasses wird die Wortfolge „oder von der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ gestrichen.

**Art. 32** – Artikel 5 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „zwei Wochen“ durch die Wortfolge „einer Woche“ ersetzt.

2. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„Bei Krankheit oder Unfall teilt der Praktikant seine Arbeitsunfähigkeit dem Praktikumsgeber schnellstmöglich mit.“

3. Zwischen Absatz 3 und Absatz 4, der zu Absatz 8 wird, werden die folgenden Absätze eingefügt:

„Die Mitteilung an den Praktikumsgeber erfolgt am ersten Tag der Abwesenheit. In Ermangelung einer rechtzeitigen Mitteilung gilt der Tag als unentschuldigte Abwesenheit.

Bei Krankheit oder Unfall rechtfertigt der Praktikant seine Arbeitsunfähigkeit durch ein ärztliches Attest. Ein ärztliches Attest wird ab dem ersten Tag der Abwesenheit benötigt.

Das ärztliche Attest ist durch den Praktikanten schnellstmöglich und spätestens am dritten Tag der Abwesenheit beim Vermittlungsdienst einzureichen, der ihn gemäß Artikel 33 des Dekrets begleitet. Im Falle eines Postversands gilt das Datum des Poststempels. Das Attest kann auch direkt vor Ort beim Vermittlungsdienst eingereicht werden.

Geht das Attest erst nach dem dritten Tag der Abwesenheit ein, gelten die vorherigen Tage als unentschuldigte Abwesenheiten.“

**Art. 33** – In Artikel 7 Absatz 7 desselben Erlasses wird zwischen die Wortfolgen „die der Praktikant ausübt,“ und „bedarf einer vorhergehenden“ die Wortfolge „oder der in Artikel 6 Nummer 8 erwähnten Arbeitszeitregelung“ eingefügt.

**Art. 34** – In Artikel 11 Absatz 3 desselben Erlasses wird die Wortfolge „den Artikeln 18, 19 oder 20.1“ durch die Angabe „Artikel 20.2“ ersetzt.

**Art. 35** – Artikel 12 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen den Absatz 4 und Absatz 5, der zu Absatz 6 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

„Die Mitteilung der Abwesenheit erfolgt spätestens am ersten Tag der Abwesenheit. In Ermangelung einer rechtzeitigen Mitteilung gilt der Tag als unentschuldigte Abwesenheit.“

2. In Absatz 6, der zu Absatz 7 wird, wird die Zahl „5“ durch die Zahl „6“ ersetzt.

### KAPITEL 4 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 22. AUGUST 2024 ZUR AUSFÜHRUNG DES DEKRETS VOM 22. MAI 2023 ÜBER DIE BEDARFSGELEITETE ARBEITSVERMITTLUNG

**Art. 36** – In Artikel 2 Absatz 4 Nummer 3 des Erlasses der Regierung vom 22. August 2024

zur Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung wird die Wortfolge „Beratungs- und“ gestrichen.

**Art. 37** – Artikel 3 §3 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„§3 - Die Eintragung ist wirksam, sobald folgende Angaben vorliegen:

1. die in Artikel 6 §1 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Angaben;
2. der Beleg für den Zugang des Arbeitssuchenden zum belgischen Arbeitsmarkt;
3. die in Artikel 6 §1 Absatz 2 Nummer 4-6 des Dekrets erwähnten Daten und Angaben.

Diese Angaben werden entweder auf Anfrage des Arbeitsamtes vom Arbeitssuchenden mitgeteilt oder vom Arbeitsamt aus eigener Initiative zusammengetragen. Die in Artikel 3 §3 Nummer 3 genannten Daten und Angaben können vom Arbeitsamt auch durch den Einsatz standardisierter Tests ermittelt werden.

Das Arbeitsamt bestätigt dem Arbeitssuchenden schriftlich die Eintragung.“

**Art. 38** – Artikel 7 Absatz 1 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

“1. ausgetragen werden, insofern sie bereits mindestens drei Monate eingetragen war und auf Nachfrage des Arbeitsamtes nicht innerhalb von 28 Tagen bestätigt, dass sie noch Arbeit sucht. In diesem Fall gilt als Austragungsdatum das Datum der Nachfrage zuzüglich 28 Tage;“

2. In Nummer 2 wird die Angabe „Artikel 56“ durch die Wortfolge „den Artikeln 56 oder 58“ ersetzt.

**Art. 39** – In Artikel 11 desselben Erlasses werden folgende §§3-7 eingefügt:

„§3 - Der Zugang zu einer Beschäftigungsmaßnahme gemäß Artikel 60 §7 des Grundgesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren setzt die aktive Teilnahme an einer bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung und die Zustimmung des Referenzberaters voraus. Als aktiv gilt eine bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung, wenn in den letzten 6 Monaten mindestens ein Termin mit dem Referenzberater stattgefunden hat.

§4 - Das Arbeitsamt erarbeitet jährlich eine Liste der Begleit- und Vermittlungsangebote, die die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung voraussetzen, und legt diese dem Minister zur Genehmigung vor.

§5 - Wenn ein Arbeitssuchender von einem Referenzberater des Arbeitsamtes begleitet wird und gleichzeitig ein anerkanntes ÖSHZ für die Sozialhilfe des Arbeitssuchenden zuständig ist, bewertet ausschließlich der Referenzberater des Arbeitsamtes, ob die Begleit- und Vermittlungsangebote in den Eingliederungsweg des Arbeitssuchenden passen. Jede Maßnahme, die der Referenzberater des Arbeitsamtes mit dem Arbeitssuchenden vereinbart, gilt zunächst von Amts wegen als vom ÖSHZ genehmigt.

Lehnt das ÖSHZ den vom Referenzberater des Arbeitsamtes festgelegten Eingliederungsweg mit den darin vereinbarten Begleit- und Vermittlungsangeboten ab, kann das ÖSHZ in Anwendung von Artikel 13 die Rolle als Referenzberater frühestens 24 Monate nach Beginn der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung übernehmen.

§6 - Wenn ein Arbeitssuchender von einem Referenzberater des ÖSHZ begleitet wird und gleichzeitig Arbeitslosengeld bezieht, bewertet ausschließlich der Referenzberater des ÖSHZ, ob die Begleit- und Vermittlungsangebote in den Eingliederungsweg des Arbeitssuchenden passen. Jede Maßnahme, die der Referenzberater des ÖSHZ mit dem Arbeitssuchenden vereinbart, gilt zunächst von Amts wegen als Element der beruflichen Aktionsvereinbarung.

Lehnt das Arbeitsamt den vom Referenzberater des ÖSHZ festgelegten Eingliederungsweg mit den darin vereinbarten Begleit- und Vermittlungsangeboten ab, kann das Arbeitsamt in Anwendung von Artikel 13 die Rolle als Referenzberater frühestens 24 Monate nach Beginn der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung übernehmen.

§7 – In Abweichung von Artikel 13 Absatz 1 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung, übernimmt das ÖSHZ, insofern dies in seinem Umsetzungskonzept gemäß Artikel 22 §1 desselben Dekrets vorgesehen ist, die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung für alle arbeitssuchenden Empfänger von Sozialhilfe, die seiner Zuständigkeit unterliegen. Die Übernahme erfolgt spätestens einen Monat nach Gewährung der Sozialhilfe.“

**Art. 40** – In denselben Erlass, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. Mai 2025, wird folgender Artikel 11.1 eingefügt:

*„Art. 11.1 – Gemeinsame Nutzung von Daten*

In Ausführung von Artikel 25 §3 Nummer 1 des Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung kann das Arbeitsamt die in Artikel 11.2 erwähnten Daten mit Mitarbeitern eines ÖSHZ austauschen, die für eine oder mehrere der folgenden Aufgaben zuständig sind:

1. die administrative Bearbeitung von Anträgen auf Eingliederungseinkommen oder auf gleichgestellte Sozialhilfe gemäß dem Gesetz vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung;
2. die soziale oder sozial-berufliche Begleitung von Empfängern des Eingliederungseinkommens oder der gleichgestellten Sozialhilfe gemäß dem Gesetz vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung;
3. die administrative oder inhaltliche Koordination eines individuellen Projektes zur sozialen Eingliederung.“

**Art. 41** – In denselben Erlass, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. Mai 2025, wird folgender Artikel 11.2 eingefügt:

*„Art. 11.2 – Datenkategorien*

Für die Anwendung von Artikel 25 §3 Nummer 2 des Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung kann das Arbeitsamt die in Artikel 22 desselben Dekrets aufgeführten Datenkategorien wie folgt mit den in Artikel 11.1 erwähnten Personengruppen austauschen:

1. In Bezug auf Arbeitssuchende:
  - a) die Daten der in Artikel 22 Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben a) bis p) und r) bis t) desselben Dekrets aufgeführten Kategorien
  - b) die Daten der in Artikel 22 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe q) desselben Dekrets erwähnten Kategorie, insofern diese für die angestrebten beruflichen Tätigkeiten der Person relevant sind;
2. In Bezug auf Arbeitgeber: die Daten der in Artikel 22 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekrets aufgeführten Kategorie.“

**Art. 42** – In Artikel 13 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. Mai 2025, wird folgender §3 eingefügt:

„§3 - In Abweichung von Artikels 13 Absatz 1 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung, kann das Arbeitsamt die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung eines Arbeitsuchenden nach Ablauf von 24 Monaten beenden, sofern folgende Voraussetzungen gleichzeitig erfüllt sind:

1. der Arbeitssuchende bezieht ab dem 24. Monat der Begleitung kein Arbeitslosengeld mehr;
2. es liegt eine Orientierungsempfehlung des Arbeitsamtes mit einer begründeten abschließenden Empfehlung für eine Maßnahme zum weiteren Eingliederungsweg des Arbeitssuchenden vor, die nicht in der gemäß Artikel 11 §4 erstellten Liste der Begleit- und Vermittlungsangebote der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung enthalten ist.“

**Art. 43** – In denselben Erlass, wird folgender Artikel 16.1 eingefügt:

*„Artikel 16.1 – Pauschale*

§1 - Übernimmt der Referenzberater eines ÖSHZ die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung gemäß den Artikeln 9 bis 29 des Dekretes, kann die Regierung das ÖSHZ im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel mit einer Pauschale in Höhe von 250 Euro pro Jahr unterstützen.

§2 - Die Pauschale wird für jede bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung gezahlt, die mindestens einen Monat lang gemäß den Artikeln 9 bis 29 des Dekretes und des vorliegenden Erlasses von einem Referenzberater des ÖSHZ koordiniert wurde.

Für jeden Arbeitsuchenden kann die Pauschale nur einmal pro Jahr gezahlt werden.

§3 - Der für Beschäftigung zuständige Minister entscheidet über die zulässigen Pauschalen des Vorjahres, die jedes ÖSHZ erhält.“

**Art. 44** – Artikel 24 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

*„Art. 24 - Bilanzierung der Suchbemühungen*

§1 - Tritt eines der folgenden Ereignisse ein, spricht der Arbeits- oder Referenzberater automatisch eine positive Bilanzierung aus:

1. der Arbeitsuchende bewirbt sich auf eine ihm vorgeschlagene zumutbare Stelle gemäß Kapitel V des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991;
2. der Arbeitsuchende nimmt eine zumutbare Stelle gemäß Kapitel V des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 an;
3. der Arbeitsuchende nimmt ein geeignetes Praktikum oder Ausbildungsangebot an;
4. der Arbeitsuchende hat ein geeignetes Praktikum oder Ausbildungsangebot vollständig absolviert, wobei gerechtfertigte Abwesenheiten außer Betracht bleiben;
5. der Arbeitsuchende nimmt an einem Beratungstermin teil;
6. der Arbeitsuchende stimmt einer Vereinbarung, die auf ihn abgestimmte Aktionen beinhaltet zu;
7. der Arbeitsuchende setzt die gemäß Nummer 6 vereinbarten Aktionen um;
8. der Arbeitsuchende entwickelt Eigeninitiative bei der Arbeitsuche.

Die positive Bilanzierung gilt ebenfalls als positive Bewertung der Suchbemühungen in Anwendung des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991.

Die positive Bilanzierung gilt so lange, bis sie durch eine reservierte Bilanzierung ersetzt wird.

§2 - Tritt eines der folgenden Ereignisse ein, kann der Arbeits- oder Referenzberater innerhalb von 28 Tagen nach dem Ereignis eine reservierte Bilanzierung aussprechen:

1. der Arbeitsuchende bewirbt sich nicht auf eine ihm vorgeschlagene zumutbare Stelle gemäß Kapitel V des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991;
2. der Arbeitsuchende lehnt eine zumutbare Stelle gemäß Kapitel V des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 ab;
3. der Arbeitsuchende lehnt ein geeignetes Praktikum oder Ausbildungsangebot ab;
4. der Arbeitsuchende bricht ein geeignetes Praktikum oder Ausbildungsangebot unentschuldigt ab;
5. der Arbeitsuchende bleibt einem Beratungstermin unentschuldigt fern;
6. der Arbeitsuchende verweigert das Einverständnis zu einer Vereinbarung, die auf ihn abgestimmte Aktionen beinhaltet;
7. der Arbeitsuchende setzt vereinbarte Aktionen nicht um;
8. der Arbeitsuchende entwickelt keine Eigeninitiative bei der Arbeitsuche;
9. der Arbeitsuchende hat in einem Zeitraum von 12 Monaten keines der unter §1 aufgeführten Ereignisse aufgewiesen, das zu einer positiven Bilanzierung führt.

§3 – Bei der Entscheidung darüber, ob ein einzelnes unter §2 aufgeführtes Ereignis zu einer reservierten Bilanzierung führt, berücksichtigt der Arbeits- oder Referenzberater die individuellen Fähigkeiten des Arbeitsuchenden und die Anzahl der unter §1 und §2 aufgeführten Ereignisse in den letzten 12 Monaten.

§4 - Treten zwei der in §2 aufgeführten Ereignisse innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten ein, muss der Arbeits- oder Referenzberater innerhalb von 28 Tagen nach dem letzten Ereignis eine reservierte Bilanzierung aussprechen.

§5 – Damit ein Ereignis für die Anwendung der §2 bis §4 berücksichtigt wird, muss es in der elektronischen Akte des Arbeitssuchenden dokumentiert sein, entweder von einem Arbeitsberater des Arbeitsamtes oder durch den Referenzberater.

§6 – Stellt der Arbeits- oder Referenzberater eine reservierte Bilanzierung aus, begründet er seine Entscheidung in der elektronischen Akte.

Besteht das in §2 aufgeführte Ereignis darin, dass die vereinbarten Aktionen nicht umgesetzt wurden, präzisiert der Arbeits- oder Referenzberater, welche Aktionen nicht umgesetzt wurden.

Besteht das in §2 aufgeführte Ereignis darin, dass der Arbeitsuchende keine Eigeninitiative entwickelt, beschreibt der Arbeits- oder Referenzberater, welche Eigeninitiative erwartet wurde.

§7 – In Abweichung von den §§1 bis 6 kann das Arbeitsamt die Bilanzierung für die Anwärter auf das Berufseingliederungsgeld aussetzen. Das Arbeitsamt kontrolliert die Suchbemühungen gemäß Artikel 47 §2 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung.“

**Art. 45** – Artikel 25 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

*„Art. 25 – Überprüfung der Ereignisse*

Wird eine reservierte Bilanzierung von einem Arbeits- oder Referenzberater ausgesprochen, überprüft ein Mitarbeiter des Kontrolldienstes, ob die Ereignisse den in Artikel 24 §2 aufgeführten Ereignissen entsprechen.

Ist die Einordnung der Ereignisse statthaft und ist der Arbeitsuchende ein Anwärter oder Empfänger von Arbeitslosengeld, kontrolliert das Arbeitsamt die Suchbemühungen gemäß Artikel 47 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsbegleitete Arbeitsvermittlung.

Ist die Einordnung der Ereignisse statthaft und bezieht der Arbeitssuchende Sozialhilfe, informiert das Arbeitsamt das zuständige ÖSHZ über die in Artikel 24 §2 aufgeführten Ereignisse.“

**Art. 46** – In Artikel 28 Absatz 1 desselben Erlasses wird die Wortfolge „spätestens drei Tage nach dem Termin“ durch die Wortfolge „am gleichen Tag“ und das Wort „zeitnah“ durch die Wortfolge „innerhalb von drei Tagen“ ersetzt.

## KAPITEL 5 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

**Art. 47** – Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

**Art. 48** – Der für Beschäftigung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen  
O. PAASCH

**Jérôme Franssen**

Digital unterschrieben von Jérôme  
Franssen  
Datum: 2026.02.05 10:13:11 +01'00'

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung  
J. FRANSSEN

## GOVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

### **Avant-projet d'un arrêté du Gouvernement modifiant différentes dispositions en matière d'emploi**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, l'article 5, § 4, l'article 7, alinéa 4, l'article 8, alinéa 2, l'article 11, § 2, alinéa 3, modifié par le décret du 13 novembre 2023, l'article 11, § 3, inséré par le décret du 22 décembre 2025, l'article 12, alinéa 3, l'article 13, alinéa 4, modifié par le décret du 22 décembre 2025, l'article 15, § 4, alinéa 2, l'article 21, § 1<sup>er</sup>, modifié par les décrets des 13 novembre 2023 et 24 février 2025, l'article 37, § 4, 1°, 2° et 4°, l'article 43, alinéa 2, l'article 46, § 7, et l'article 47, § 5;

Vu le décret du 13 novembre 2023 relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement, l'article 7, alinéa 2, inséré par le décret du 24 février 2025, l'article 9, modifié par le décret du 24 février 2025, et l'article 25, § 3;

Vu l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 août 2024 portant exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le [...];

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le [...];

Vu l'avis n° [...] de l'Autorité de protection des données, donné le [...];

Vu l'avis n° [...] du Conseil d'État, donné le [...], en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant l'avis rendu le [...] par le Conseil économique et social de la Communauté germanophone;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Emploi;

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1<sup>er</sup> – Modification de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage

**Article 1<sup>er</sup>** – Dans l'article 36<sup>quater</sup>, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage, remplacé par l'arrêté royal du 10 novembre 2012 et modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018, le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° au début du stage de transition, le stagiaire ne perçoit aucune autre allocation sur la base du présent arrêté; ».

Chapitre 2 – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi

**Art. 2** – À l'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi, modifié par l'arrêté du 21 décembre 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 7° est abrogé;

2° au 20°, le c) est abrogé.

3° l'article est complété par un 21° rédigé comme suit :

« 21° organisme public : les autorités définies conformément à l'article 1<sup>er</sup>, 1°, du décret du 21 février 2022 établissant différents instruments relatifs à la gestion des informations et des réclamations en Communauté germanophone. »

**Art. 3** – Dans l'article 5, alinéa 2, du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 27 août 2020 et par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 3°, les mots « de l'Office pour une vie autodéterminée » sont abrogés, et les mots « l'article 30 » sont remplacés par les mots « l'article 27, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, c) ou d) »;

2° au 5°, les mots « l'article 32 » sont remplacés par les mots « l'article 27, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, e) »;

3° au 6°, les mots « l'article 27, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, g), ou de » sont insérés entre les mots « au sens de » et « l'article 33 »;

4° au 7°, les mots « l'article 34 » sont remplacés par les mots « l'article 27, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, h) »;

5° au 8°, les mots « l'article 27 » sont remplacés par les mots « l'article 27, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, b) ».

**Art. 4** – À l'article 12 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 27 août 2020 et modifié par l'arrêté du 21 décembre 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« En cas de maladie ou d'accident, le participant informe l'opérateur de formation de son incapacité de travail le plus rapidement possible. La communication à l'opérateur de formation est effectuée le premier jour d'absence. En l'absence de communication dans les délais, le jour en question est considéré comme une absence non justifiée. »;

2° cinq alinéas rédigés comme suit sont insérés entre les alinéas 1<sup>er</sup> et 2, qui devient l'alinéa 7 :

« En cas de maladie ou d'accident, le participant justifie son incapacité de travail au moyen d'un certificat médical. Un certificat médical est requis dès le premier jour d'absence.

Le certificat médical doit être transmis par le participant à l'opérateur de formation le plus rapidement possible et au plus tard dès le troisième jour d'absence. En cas d'envoi postal, le cachet de la poste fait foi. Le certificat peut également être remis directement sur place à l'opérateur de formation.

L'opérateur de formation transmet ensuite le certificat mentionné à l'alinéa 2 à l'Office de l'emploi dans les meilleurs délais.

Dans le cas d'une formation professionnelle sous la forme d'études de plein exercice au sens de l'article 28, le certificat médical est transmis à l'Office de l'emploi. Si l'établissement d'enseignement exige également un certificat médical, un duplicata ou une copie de l'original est transmis à l'Office de l'emploi.

Si le certificat n'est reçu qu'après le troisième jour d'absence, les jours précédents sont considérés comme des absences non justifiées. Lorsque l'interruption de la formation professionnelle dépasse une durée d'une semaine, le contrat est suspendu. »;

3° les alinéas 1<sup>er</sup> à 6 deviennent le § 1<sup>er</sup>;

4° les alinéas 7 à 9 deviennent le § 2.

**Art. 5** – Le chapitre 2 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 27 août 2020 et 21 décembre 2023, est complété par une section 5, comportant les articles 14.1 et 14.2, rédigée comme suit :

« *Section 5 – Recours à un établissement organisé par l'Office de l'emploi*

*Art. 14.1 – Objet*

Le ministre peut conclure des conventions avec des organismes publics qui prévoient la réalisation de travaux pratiques dans le cadre de formations professionnelles proposées dans un établissement organisé par l'Office de l'emploi.

Les travaux pratiques mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup> sont effectués dans le cadre d'un contrat de formation professionnelle mentionné à l'article 8. Ces travaux permettent aux participants d'acquérir des compétences et sont compatibles avec la finalité de la formation professionnelle et les exigences pédagogiques.

Les travaux pratiques mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup> ne sont autorisés que si les heures de travail qualifié estimées ne dépassent pas la valeur de 20 000 euros.

Le ministre peut adapter le montant fixé à l'alinéa 3.

Les participants sont encadrés par un formateur dans le cadre de la réalisation des travaux pratiques.

*Art. 14.2 – Convention*

La convention contient au moins les éléments suivants :

1° la dénomination des parties contractantes;

2° une description des travaux pratiques à réaliser;

3° la date à laquelle débutent les travaux pratiques;

4° une estimation des heures de travail nécessaires;

5° la durée des travaux;

6° le nombre maximal de participants qui peuvent être affectés en même temps aux travaux pratiques à réaliser;

7° les obligations des parties contractantes en ce qui concerne les travaux préparatoires, l'achat de matériel, les outils, les coûts, les assurances, la responsabilité en cas de sinistres et la sécurité sur le lieu de travail.

La convention mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup> peut être accompagnée d'un cahier des charges qui contient les détails techniques des travaux pratiques à réaliser mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2°. Dans ce cas, le cahier des charges fait partie intégrante de la convention.

Les travaux pratiques mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup> sont effectués à titre gracieux. »

**Art. 6** – Dans l'article 15, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023, les mots « dans la section 2 » sont remplacés par les mots « aux articles 18, 19, 20 et 20.1 ».

**Art. 7** – À l'article 16 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, dans la première phrase, les mots « dans la section 2 » sont remplacés par les mots « à l'article 20.2 », et le mot « également » est abrogé;

2° le § 2 est abrogé.

**Art. 8** – À l'article 17 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, les mots « deux semaines » sont remplacés par les mots « une semaine »;

2° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 4 et 5, qui devient l'alinéa 6 :

« La communication de l'absence est effectuée au plus tard le premier jour d'absence. Si tel n'est pas le cas, le jour en question est considéré comme une absence non justifiée. »;

3° dans l'alinéa 6, qui devient l'alinéa 7, le chiffre « 5 » est remplacé par le chiffre « 6 ».

**Art. 9** – Dans l'article 18, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 27 août 2020 et 21 décembre 2023, dans la phrase introductive, les mots « et une indemnité de déplacement » sont abrogés.

**Art. 10** – Dans l'article 19 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023, les mots « et une indemnité de déplacement » sont abrogés.

**Art. 11** – Dans l'article 20, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 27 août 2020 et 21 décembre 2023, dans la phrase introductive, les mots « et une indemnité de déplacement » sont abrogés.

**Art. 12** – Dans l'article 20.1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 27 août 2020 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023, les mots « et une indemnité de déplacement » sont abrogés.

**Art. 13** – Dans le chapitre 3 du même arrêté, la section 2, modifiée en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 6 juin 2024, est complétée par un article 20.2 rédigé comme suit :

*« Art. 20.2 – Indemnité de déplacement »*

Le ministre octroie une indemnité de déplacement aux demandeurs d'emploi inoccupés et aux chômeurs complets indemnisés :

1° qui, au début de la formation professionnelle et pendant celle-ci, ne perçoivent pas déjà, pour la même formation professionnelle, une indemnité pour formation, des revenus professionnels, une bourse d'études ou un prêt sans intérêts conformément au décret du 26 juin 2023 portant création d'un Fonds relatif aux prêts sans intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie;

2° qui, au début de la formation professionnelle, apportent la preuve d'une durée de formation :

- a) d'au moins vingt heures par semaine ou;
- b) d'au moins quatre semaines.

L'alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, ne s'applique pas aux demandeurs d'emploi qui suivent une mesure préparatoire et d'intégration au sens de l'article 20. »

**Art. 14** – Dans l'article 21, alinéa 2, du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 27 août 2020 et 21 décembre 2023, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° le 3° est remplacé par ce qui suit :  
« 3° mesures de formation au sens de l'article 27, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, c) et d); »
- 2° au 5°, les mots « l'article 32. » sont remplacés par les mots « l'article 27, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, e); »;
- 3° au 6°, le mot « , § 2 » est abrogé;
- 4° au 7°, les mots « l'article 34. » sont remplacés par les mots « l'article 27, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, h); »
- 5° au 8°, les mots « l'article 27 » sont remplacés par les mots « l'article 27, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, b), ».

**Art. 15** – À l'article 22 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° l'intitulé de l'article est remplacé par ce qui suit :  
« Art. 22 – Conditions générales de la dispense »;
- 2° l'article est complété par deux alinéas rédigés comme suit :  
« Si, au début de la formation professionnelle, le demandeur d'emploi inoccupé ne remplit pas encore les conditions pour bénéficier de prestations de chômage au sens de l'article 27, 4°, de l'arrêté du 25 novembre 1991, le ministre peut octroyer une dispense au demandeur d'emploi inoccupé dès que ce dernier remplit lesdites conditions, pour autant qu'il remplisse les autres conditions énoncées dans le présent chapitre au début de la formation professionnelle.

Le chômeur complet indemnisé peut obtenir auprès du ministre l'autorisation de participer à une formation professionnelle sans bénéficier de la dispense et tout en conservant son allocation de chômage. Le chômeur complet indemnisé continue à respecter l'obligation de disponibilité pour le marché de l'emploi mentionnée à l'article 56 de l'arrêté du 25 novembre 1991. »

**Art. 16** – L'article 23 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 27 août 2020 et 21 décembre 2023, est abrogé.

**Art. 17** – L'article 25 du même arrêté est complété par un alinéa rédigé comme suit :  
« Si le droit à bénéficier de prestations de chômage au sens de l'article 27, 4°, de l'arrêté du 25 novembre 1991 cesse avant la fin du contrat de formation professionnelle, la dispense prend fin également. »

**Art. 18** – L'article 27 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 27 août 2020 et 21 décembre 2023, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 27 – Différents types de formation professionnelle

§ 1<sup>er</sup> – Le demandeur d'emploi indemnisé autorisé à suivre une formation professionnelle par le ministre conformément aux articles 4 et 7 peut bénéficier d'une dispense si :

- 1° la formation professionnelle dure au moins quatre semaines et au moins vingt heures par semaine;
- 2° la formation professionnelle a lieu principalement du lundi au vendredi et de 8 h à 17 h;
- 3° la formation professionnelle consiste en l'un des types de formation professionnelle suivants :
  - a) une mesure préparatoire ou d'intégration au sens de l'article 20;

- b) une mesure de qualification;
- c) une formation en entreprise conformément à l'arrêté du Gouvernement du 10 septembre 1993 instaurant et réglant un système de formation en entreprise en vue de préparer l'intégration professionnelle de personnes handicapées;
- d) un stage de réadaptation professionnelle conformément à l'arrêté du Gouvernement du 28 novembre 1995 relatif aux stages de réadaptation professionnelle pour handicapés;
- e) une formation dans un centre de formation agréé conformément aux dispositions du décret de la Région wallonne du 10 juillet 2013 relatif aux centres d'insertion socioprofessionnelle;
- f) une formation dans un atelier de formation agréé conformément au décret de la Commission communautaire française de la Région Bruxelles-Capitale du 27 avril 1995 relatif à l'agrément de certains organismes d'insertion socio-professionnelle et au subventionnement de leurs activités de formation professionnelle en vue d'accroître les chances des demandeurs d'emploi inoccupés et peu qualifiés de trouver ou de retrouver du travail dans le cadre de dispositifs coordonnés d'insertion socio-professionnelle;
- g) un stage conformément au chapitre 5 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins;
- h) une initiative de formation dans le cadre du Corps européen de solidarité ou du programme Erasmus+.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, le ministre octroie une dispense même si les seuils y mentionnés ne sont pas atteints, mais que le chômeur complet indemnisé participe à une mesure préparatoire ou d'intégration au sens de l'article 20 ou à une formation en entreprise conformément à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, c), ou à un stage de réadaptation professionnelle conformément à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, d).

Par "mesure de qualification" au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, b), il faut entendre toute mesure de formation qui ne mène pas à l'obtention d'un diplôme. Les mesures énumérées ci-après ne sont pas considérées comme des mesures de formation :

- 1° une mesure préparatoire ou d'intégration;
- 2° des études de plein exercice;
- 3° une formation en alternance;
- 4° une formation en entreprise au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, c);
- 5° un stage de réadaptation professionnelle au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, d);
- 6° une coopérative d'activités;
- 7° une formation par le travail;
- 8° un stage au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, g), ou au sens de l'article 33;
- 9° les mesures dans le cadre de programmes européens au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, h). »

**Art. 19** – À l'article 28 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « peut être dispensé » sont remplacés par les mots « peut bénéficier d'une dispense s'il a été autorisé par le ministre à suivre une formation professionnelle conformément aux articles 4 et 7 et »;

2° dans le § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, le 5° est abrogé;

3° dans le § 3, alinéa 3, les mots « à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 4° et 5°, » sont remplacés par les mots « à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 4°, »;

4° l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 – Par dérogation au § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 2°, le ministre peut octroyer une dispense si l'année de formation professionnelle au cours de laquelle les seuils d'heures ou de crédits ECTS y fixés ne sont pas atteints s'avère être la dernière. »

**Art. 20** – Dans l'article 29, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, les mots « peut être dispensé » sont remplacés par les mots « peut bénéficier d'une dispense s'il a été autorisé par le ministre à suivre une formation professionnelle conformément aux articles 4 et 7 et ».

**Art. 21** – L'article 30 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023, est abrogé.

**Art. 22** – Dans l'article 31 du même arrêté, l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« Le chômeur complet indemnisé peut bénéficier d'une dispense s'il a été autorisé par le ministre à suivre une formation professionnelle conformément aux articles 4 et 7 et si :

1° la formation professionnelle dure au moins quatre semaines et au moins vingt heures par semaine;

2° la formation professionnelle a lieu principalement du lundi au vendredi et de 8 h à 17 h;

3° dans le cadre de sa formation professionnelle en tant que candidat entrepreneur, il conclut une convention avec une coopérative d'activités au sens du titre VIII, chapitre 1<sup>er</sup>, de la loi du 1<sup>er</sup> mars 2007 portant des dispositions diverses (III). »

**Art. 23** – L'article 32 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023, est abrogé.

**Art. 24** – À l'article 33 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 27 août 2020 et modifié par l'arrêté du 21 décembre 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1<sup>er</sup> est abrogé;

2° dans le § 2, l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« Le chômeur complet indemnisé peut bénéficier d'une dispense s'il a été autorisé par le ministre à suivre une formation professionnelle conformément aux articles 4 et 7 et si :

1° la formation professionnelle dure au moins quatre semaines et au moins vingt heures par semaine;

2° la formation professionnelle a lieu principalement du lundi au vendredi et de 8 h à 17 h;

3° la formation professionnelle consiste en un stage en immersion professionnelle à l'étranger ».

**Art. 25** – L'article 34 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 27 août 2020, est abrogé.

**Art. 26** – L'article 42 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 42 – Autorisation*

§ 1<sup>er</sup> – Par dérogation au chapitre 2, section 2, le ministre peut autoriser le demandeur d'emploi inoccupé à participer à un stage de transition conformément aux dispositions de l'article 36<sup>quater</sup> de l'arrêté du 25 novembre 1991 s'il :

1° est inscrit, au début du stage, comme demandeur d'emploi inoccupé en insertion professionnelle auprès de l'Office de l'emploi ou perçoit l'allocation d'insertion conformément à l'article 36 de l'arrêté du 25 novembre 1991;

2° est porteur, au plus, d'un certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur;

3° n'est pas porteur du certificat de fin d'apprentissage délivré dans le cadre de l'apprentissage mentionné à l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME et

4° n'est pas porteur d'un diplôme équivalent à celui mentionné aux 2° et 3° délivré par une autre entité fédérée ou un autre État.

§ 2 – Par dérogation au § 1<sup>er</sup>, le ministre peut autoriser le demandeur d'emploi inoccupé à participer à un stage de transition conformément aux dispositions de l'article 36<sup>quater</sup> de l'arrêté du 25 novembre 1991 s'il :

1° est inscrit, au début du stage, comme demandeur d'emploi inoccupé auprès de l'Office de l'emploi et qu'au maximum dix-huit mois se sont écoulés entre la première inscription comme demandeur d'emploi et le début du stage;

2° est âgé de vingt-cinq ans au plus;

3° ne perçoit pas d'allocation sur la base de l'arrêté du 25 novembre 1991;

4° et n'est pas porteur:

a) d'un certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur et ne suit aucune formation menant à l'obtention d'un tel diplôme dans les trois mois suivants, ou;

b) d'un certificat de fin d'apprentissage délivré dans le cadre de l'apprentissage mentionné à l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME et ne suit aucun apprentissage menant à l'obtention d'un tel diplôme dans les trois mois suivants, ou;

c) d'un diplôme équivalent à celui mentionné aux a) et b) délivré par une autre entité fédérée ou un autre État. »

**Art. 27** – L'article 43 du même arrêté est abrogé.

**Art. 28** – Dans l'article 44, alinéa 3, du même arrêté, les mots « articles 11, 13 et 14 » sont remplacés par les mots « articles 11 à 14 ».

**Art. 29** – Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 6 juin 2024, il est inséré un article 44.1 rédigé comme suit :

« *Art. 44.1 – Indemnités versées par le fournisseur de stage*

Sans préjudice de l'article 36<sup>quater</sup>, § 1<sup>er</sup>, 8°, de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage, le demandeur d'emploi inoccupé qui participe à un stage de transition perçoit, à la charge du fournisseur de stage :

1° une indemnité de déplacement, conformément à la convention collective de travail à laquelle est soumis le fournisseur de stage;

2° le cas échéant, une indemnité de déplacement de service et, de manière alternative ou cumulative, une indemnité pour frais professionnels conformément à la convention collective de travail à laquelle le fournisseur de stage est soumis;

3° tout autre complément de salaire habituel conformément à la convention collective de travail à laquelle le fournisseur de stage est soumis. »

Chapitre 3 – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins

**Art. 30** – Dans l'article 1<sup>er</sup>, 2°, de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, le c) est abrogé.

**Art. 31** – Dans l'article 4 du même arrêté, les mots « ou par l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont abrogés.

**Art. 32** – À l'article 5 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « de deux semaines » sont remplacés par les mots « d'une semaine »;

2° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« En cas de maladie ou d'accident, le stagiaire informe le fournisseur de stage de son incapacité de travail le plus rapidement possible. »;

3° quatre alinéas rédigés comme suit sont insérés entre les alinéas 3 et 4, qui devient l'alinéa 8 :

« La communication au fournisseur de stage est effectuée le premier jour d'absence. En l'absence

de communication dans les délais, le jour en question est considéré comme une absence non justifiée.

En cas de maladie ou d'accident, le stagiaire justifie son incapacité de travail au moyen d'un certificat médical. Un certificat médical est requis dès le premier jour d'absence.

Le certificat médical doit être transmis par le stagiaire au service de placement qui l'accompagne conformément à l'article 33 du décret, et ce, le plus rapidement possible et au plus tard le troisième jour d'absence. En cas d'envoi postal, le cachet de la poste fait foi. Le certificat peut également être remis directement sur place au service de placement.

Si le certificat n'est reçu qu'après le troisième jour d'absence, les jours précédents sont considérés comme des absences non justifiées. »

**Art. 33** – Dans l'article 7, alinéa 7, du même arrêté, les mots « ou du régime de temps de travail mentionné à l'article 6, 8°, » sont insérés entre les mots « exercée par le stagiaire » et les mots « fait l'objet d'une concertation ».

**Art. 34** – Dans l'article 11, alinéa 3, du même arrêté, les mots « aux articles 18, 19 ou 20.1 » sont remplacés par les mots « à l'article 20.2 ».

**Art. 35** – À l'article 12 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 4 et 5, qui devient l'alinéa 6 :

« La communication de l'absence est effectuée au plus tard le premier jour d'absence. En l'absence de communication dans les délais, le jour en question est considéré comme une absence non justifiée. »;

2° dans l'alinéa 6, qui devient l'alinéa 7, le chiffre « 5 » est remplacé par le chiffre « 6 ».

Chapitre 4 – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 22 août 2024 portant exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins

**Art. 36** – Dans l'article 2, alinéa 4, 3°, de l'arrêté du Gouvernement du 22 août 2024 portant exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, les mots « conseils et de » sont abrogés.

**Art. 37** – Dans l'article 3 du même arrêté, le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 – L'inscription est effective dès que les données suivantes sont disponibles :

1° les données mentionnées à l'article 6, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret;

2° la preuve de l'accès du demandeur d'emploi au marché du travail belge;

3° les données mentionnées à l'article 6, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 4° à 6°, du décret.

Ces données sont communiquées par le demandeur d'emploi à la demande de l'Office de l'emploi ou bien sont recueillies par l'Office de l'emploi de sa propre initiative. Les données visées à l'article 3, § 3, 3°, peuvent être également obtenues par l'Office de l'emploi en recourant à des tests standardisés.

L'Office de l'emploi confirme par écrit l'inscription au demandeur d'emploi. »

**Art. 38** – Dans l'article 7, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° faire l'objet d'une désinscription si elle est déjà inscrite depuis au moins trois mois et qu'elle ne confirme pas dans un délai de vingt-huit jours, à la demande de l'Office de l'emploi, qu'elle est toujours à la recherche d'un emploi. Dans un tel cas, la date de désinscription correspond à la date de la demande plus vingt-huit jours; »

2° au 2°, les mots « à l'article 56 » sont remplacés par les mots « à l'article 56 ou à l'article 58 ».

**Art. 39** – L'article 11 du même arrêté est complété par les §§ 3 à 7 rédigés comme suit :

« § 3 – L'accès à une mesure en faveur de l'emploi conformément à l'article 60, § 7, de la loi organique du 8 juillet 1976 des centres publics d'action sociale est subordonné à la participation active à un placement axé sur les besoins et à l'accord du conseiller référent. La participation à un placement axé sur les besoins est considérée comme active si au moins un rendez-vous avec le conseiller référent a eu lieu au cours des six derniers mois.

§ 4 – L'Office de l'emploi dresse chaque année une liste des offres d'accompagnement et de placement qui exigent un placement axé sur les besoins et la soumet au Ministre pour approbation.

§ 5 – Lorsqu'un demandeur d'emploi est accompagné par un conseiller référent de l'Office de l'emploi et qu'en même temps, un centre public d'action sociale agréé est chargé de l'aide sociale en faveur du demandeur d'emploi, seul le conseiller référent de l'Office de l'emploi évalue si les offres d'accompagnement et de placement s'inscrivent bien dans le parcours d'insertion du demandeur d'emploi. Toute mesure convenue entre le conseiller référent de l'Office de l'emploi et le demandeur d'emploi est, dans un premier temps, considérée d'office comme approuvée par le centre public d'action sociale.

Si le centre public d'action sociale refuse le parcours d'insertion défini par le conseiller référent de l'Office de l'emploi ainsi que les offres d'accompagnement et de placement convenues dans ce cadre, il peut, en application de l'article 13, reprendre le rôle de conseiller référent au plus tôt vingt-quatre mois suivant le début du placement axé sur les besoins.

§ 6 – Lorsqu'un demandeur d'emploi est accompagné par un conseiller référent du centre public d'action sociale et perçoit en même temps des allocations de chômage, seul le conseiller référent du centre public d'action sociale évalue si les offres d'accompagnement et de placement s'inscrivent bien dans le parcours d'insertion du demandeur d'emploi. Toute mesure convenue entre le conseiller référent du centre public d'action sociale et le demandeur d'emploi est, dans un premier temps, considérée d'office comme un élément de l'accord en matière d'action sur le plan professionnel.

Si l'Office de l'emploi refuse le parcours d'insertion défini par le conseiller référent du centre public d'action sociale ainsi que les offres d'accompagnement et de placement convenues dans ce cadre, il peut, en application de l'article 13, reprendre le rôle de conseiller référent au plus tôt vingt-quatre mois suivant le début du placement axé sur les besoins.

§ 7 – Par dérogation à l'article 13, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, le centre public d'action sociale reprend, dans la mesure où cela est prévu dans son concept de mise en œuvre visé à l'article 22, § 1<sup>er</sup>, du même décret, le placement axé sur les besoins pour tous les demandeurs d'emploi bénéficiaires de l'aide sociale qui relèvent de sa compétence. La reprise intervient au plus tard un mois après l'octroi de l'aide sociale. »

**Art. 40** – Dans le même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 28 mai 2025, il est inséré un article 11.1 rédigé comme suit :

« Art. 11.1 – *Utilisation commune des données*

En exécution de l'article 25, § 3, 1°, du décret du 13 novembre 2023 relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement, l'Office de l'emploi peut échanger les données mentionnées à l'article 11.2 avec les collaborateurs d'un centre public d'action sociale qui sont chargés d'une ou de plusieurs des tâches suivantes :

1° le traitement administratif des demandes de revenu d'intégration ou d'aide sociale équivalente conformément à la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale;

2° l'accompagnement social ou socioprofessionnel des bénéficiaires du revenu d'intégration ou de l'aide sociale équivalente conformément à la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale;

3° la coordination sur les plans administratif ou du contenu d'un projet individuel concernant l'intégration sociale. »

**Art. 41** – Dans le même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 28 mai 2025, il est inséré un article 11.2 rédigé comme suit :

« *Art. 11.2 – Catégories de données*

Pour l'application de l'article 25, § 3, 2°, du décret du 13 novembre 2023 relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement, l'Office de l'emploi peut échanger les données énumérées ci-après des catégories mentionnées à l'article 22 du même décret avec les groupes de personnes mentionnés à l'article 11.1 :

1° en ce qui concerne les demandeurs d'emploi :

a) les données des catégories mentionnées à l'article 22, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, a) à p) et r) à t), du même décret;

b) les données de la catégorie mentionnée à l'article 22, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, q), du même décret, dans la mesure où elles sont pertinentes pour les activités professionnelles visées par la personne concernée;

2° en ce qui concerne les employeurs : les données de la catégorie mentionnée à l'article 22, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, du même décret. »

**Art. 42** – L'article 13 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 28 mai 2025, est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 – Par dérogation à l'article 13, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, l'Office de l'emploi peut mettre fin au placement axé sur les besoins d'un demandeur d'emploi au terme d'un délai de vingt-quatre mois, pour autant que les conditions suivantes soient remplies simultanément :

1° le demandeur d'emploi ne perçoit plus d'allocations de chômage à partir du vingt-quatrième mois d'accompagnement;

2° il existe une recommandation en matière d'orientation de l'Office de l'emploi, assortie d'une recommandation finale motivée, en ce qui concerne une mesure de poursuite du parcours d'insertion du demandeur d'emploi qui ne figure pas sur la liste des offres d'accompagnement et de placement du placement axé sur les besoins, établie conformément à l'article 11, § 4. »

**Art. 43** – Dans le même arrêté, il est inséré un article 16.1 rédigé comme suit :

« *Art. 16.1 – Forfait*

§ 1<sup>er</sup> – Si un conseiller référent d'un centre public d'action sociale reprend le placement axé sur les besoins conformément aux articles 9 à 29 du décret, le Gouvernement peut soutenir ledit centre, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, au moyen d'un forfait de 250 euros par an.

§ 2 – Le forfait est versé pour chaque placement axé sur les besoins dont la coordination a été assurée par un conseiller référent du centre public d'action sociale pendant au moins un mois conformément aux articles 9 à 29 du décret et du présent arrêté.

Le forfait ne peut être versé qu'une fois par an pour chaque demandeur d'emploi.

§ 3 – Le ministre compétent en matière d'Emploi statue sur les forfaits admissibles de l'année précédente que chaque centre public d'action sociale reçoit. »

**Art. 44** – L'article 24 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 24 – Bilan des efforts de recherche*

§ 1<sup>er</sup> – Si l’une des situations suivantes se présente, le conseiller emploi ou le conseiller référent dresse automatiquement un bilan positif :

1° le demandeur d’emploi présente sa candidature à un emploi convenable qui lui est proposé, conformément au chapitre V de l’arrêté royal du 25 novembre 1991;

2° le demandeur d’emploi accepte un emploi convenable conformément au chapitre V de l’arrêté royal du 25 novembre 1991;

3° le demandeur d’emploi accepte un stage ou une offre de formation appropriés;

4° le demandeur d’emploi a suivi intégralement un stage ou une offre de formation appropriés, les absences justifiées n’étant pas prises en compte;

5° le demandeur d’emploi assiste à un entretien-conseil;

6° le demandeur d’emploi accepte un accord qui comprend des actions adaptées à sa situation;

7° le demandeur d’emploi met en œuvre les actions convenues conformément au 6°;

8° le demandeur d’emploi fait preuve d’initiative personnelle dans le cadre de la recherche d’emploi.

Le bilan positif est également considéré comme une évaluation positive des efforts de recherche en application de l’arrêté royal du 25 novembre 1991.

Le bilan positif reste valable aussi longtemps qu’il n’est pas remplacé par un bilan réservé.

§ 2 – Si l’une des situations suivantes se présente, le conseiller emploi ou le conseiller référent peut dresser un bilan réservé dans les vingt-huit jours suivant la survenance de la situation :

1° le demandeur d’emploi ne présente pas sa candidature à un emploi convenable qui lui est proposé, conformément au chapitre V de l’arrêté royal du 25 novembre 1991;

2° le demandeur d’emploi refuse un emploi convenable conformément au chapitre V de l’arrêté royal du 25 novembre 1991;

3° le demandeur d’emploi refuse un stage ou une offre de formation appropriés;

4° le demandeur d’emploi interrompt sans justification un stage ou une offre de formation appropriés;

5° le demandeur d’emploi manque un entretien-conseil sans justification;

6° le demandeur d’emploi refuse de donner son consentement à un accord qui comprend des actions adaptées à sa situation;

7° le demandeur d’emploi omet de mettre en œuvre les actions convenues;

8° le demandeur d’emploi ne prend aucune initiative dans le cadre de la recherche d’emploi;

9° le demandeur d’emploi ne s’est trouvé, au cours d’une période de douze mois, dans aucune des situations mentionnées au § 1<sup>er</sup> entraînant un bilan positif.

§ 3 – Pour décider si une situation précise mentionnée au § 2 entraîne un bilan réservé, le conseiller emploi ou le conseiller référent tient compte des capacités individuelles du demandeur d’emploi et du nombre de situations mentionnées au § 1<sup>er</sup> et au § 2 qui sont survenues au cours des douze derniers mois.

§ 4 – Si deux des situations mentionnées au § 2 se présentent au cours d’une période de trois mois, le conseiller emploi ou le conseiller référent doit dresser un bilan réservé dans les vingt-huit jours suivant la survenance de la dernière situation.

§ 5 – Pour qu’une situation soit prise en compte pour l’application des §§ 2 à 4, elle doit être consignée dans le dossier électronique du demandeur d’emploi, soit par un conseiller emploi de l’Office de l’emploi, soit par le conseiller référent.

§ 6 – Si le conseiller emploi ou le conseiller référent dresse un bilan réservé, il motive sa décision dans le dossier électronique.

Si la situation mentionnée au § 2 consiste en l'absence de mise en œuvre des actions convenues, le conseiller emploi ou le conseiller référent précise quelles actions n'ont pas été mises en œuvre.

Si la situation mentionnée au § 2 consiste en l'absence d'initiative de la part du demandeur d'emploi, le conseiller emploi ou le conseiller référent décrit quelle initiative était attendue.

§ 7 – Par dérogation aux §§ 1<sup>er</sup> à 6, l'Office de l'emploi peut suspendre le bilan concernant les demandeurs de l'allocation d'insertion. L'Office de l'emploi contrôle les efforts de recherche conformément à l'article 47, § 2, du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins. »

**Art. 45** – L'article 25 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 25 – Vérification des situations*

Si un conseiller emploi ou un conseiller référent dresse un bilan réservé, un collaborateur du service de contrôle vérifie si les situations concernées correspondent aux situations mentionnées à l'article 24, § 2.

Si la classification des situations est admissible et que le demandeur d'emploi est un demandeur ou bénéficiaire d'allocations de chômage, l'Office de l'emploi contrôle les efforts de recherche conformément à l'article 47 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

Si la classification des situations est admissible et que le demandeur d'emploi perçoit l'aide sociale, l'Office de l'emploi informe le centre public d'action sociale compétent des situations concernées mentionnées à l'article 24, § 2. »

**Art. 46** – Dans l'article 28, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, les mots « indique, au plus tard trois jours après ledit rendez-vous, » sont remplacés par les mots « informe le même jour », et le mot « rapidement » est remplacé par les mots « dans les trois jours ».

## Chapitre 5 – Dispositions finales

**Art. 47** – Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

**Art. 48** – Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux, de l'Aménagement du territoire et des Finances  
O. PAASCH

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi  
J. FRANSSEN